

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 3.50 M., vierteljährlich 11.00 M., durch die Post monatl. 3.70 M., vierteljährlich 11.20 M. ohne Postgeld. Das Postgeld wird von den Zeitungsbesitzern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: Die 62 mm breite Zeile 60 Pf., die 90 mm breite Zeile 75 Pf.; außerhalb: 75 Pf. beginnend. 4. M. Ausland 2.— beginnend. 6.— M. Rabatt 10. Proz. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 190

Freitag, 23. April 1920.

74. Jahrgang

### Die deutsche Wehrmachtnote.

Deutschland fordert die Bewilligung eines Heeres von 200 000 Mann.

San Remo, 22. April. (Havas.) Wir sind in der Lage, folgenden kurzen Auszug aus der deutschen Note an die Alliierten zu geben: Hunderttausend Mann sollen Deutschland bis zu seiner Aufnahme in den Völkerbund gelassen werden. Die erste Bedingung zur Aufnahme, die Entwaffnung, ist bis jetzt noch nicht erfüllt. Die letzten Ereignisse haben die Unmöglichkeit klar bewiesen, mit einer so geringen Truppenmacht die Ordnung aufrechtzuerhalten. Nur wenn die deutsche Regierung ihre Schlagfertigkeit erhält, wird sie über die Rebellen die Oberhand gewinnen. Die Völkerverträge waren auf den Staatsstreich Kapp's nicht gefaßt, aber der Erfolg ihres improvisierten Widerstandes zeigt, welche Wirkung die von ihnen ausgehende Initiative haben kann. Revolutionäre Forderungen existieren in Deutschland infolge der wirtschaftlichen Lage. Die Regierung muß insoweit Mittel an der Hand haben, revolutionären Versuchen zuvorzukommen und sie mit ausreichender Waffengewalt zu unterdrücken. Hunderttausend Mann genügen nicht für die Regierung einer Bevölkerung von sechzig Millionen. Die Polizei kann nicht die fehlende Armee ersetzen, und die Zersplitterung der hunderttausend Mann ermöglicht es der Regierung infolge der Entfernung der verschiedenen Agitationsherde nicht, die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Die Heeresverminderung, wie sie durch den Friedensvertrag vorgesehene ist, würde ernste Folgen nach sich ziehen, denn daß der Kappische Staatsstreich sich entwickeln konnte, ist nur dem Umstand zuzuschreiben, daß es unzufriedene Soldaten gab, die sich für die Strafe gefaßt zu werden. Eine Armee von zweihunderttausend Mann kann nichts anderes tun, als gegen Banden zu kämpfen, und kann weder zur Verteidigung noch zum Angriff gegen eine fremde Macht gebraucht werden. Deshalb fordert die deutsche Regierung von den Alliierten Maßnahmen die Aufrechterhaltung von zwölf Divisionen Infanterie, drei Divisionen Kavallerie, fünf Infanteriebrigaden, die wie Divisionen organisiert sind mit schwerer Artillerie, bestehend aus zwei Stützpunktbatterien und einer Nachschubbatterie, insgesamt acht Fliegerstaffeln und vier Pionierkompanien. Die von Deutschland gemachten Vorschläge stellen die unentbehrlichen Garantien dar, um den inneren Frieden und den wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu sichern. Ein Anhang zur Note liefert Beweisgründe für die Forderung der deutschen Regierung, die Ermächtigung zur Unterhaltung von schwerer Artillerie, Eisenbahntruppen und Fliegerstaffeln zu erhalten. Diese Beweisgründe stützen auf die Rolle an, die diese Spezialtruppen bei der Unterdrückung einer revolutionären Bewegung spielen. Schließlich gibt ein weiterer Anhang Aufschluß über die Verteilung der 200 000 Mann, wie sie vom Reichswehrminister vorgesehene ist.

### Stellung Frankreichs.

San Remo, 22. April. (Havas.) Die deutsche Note, welche die Forderung nach einer Armee von 200 000 Mann stellt, hat in Konferenzkreisen lebhaften Eindruck hervorgerufen. Es scheint, daß sie ohne Überraschung und auf klaren und englischer Seite sogar mit einem gewissen Wohlwollen aufgenommen wurde. Auf französischer Seite behält man sich die Bildung einer Meinung vor bis zur Prüfung dieser Frage durch die Konferenz. Es mag sein, daß die bolschewistische Gefahr eine Vermehrung des deutschen Heeres nötig mache, das allerdings schon zahlreicher sei, als es sein sollte. Nach dem militärischen Staatsstreich Kapp's könne aber Frankreich gegen eine Verstärkung der deutschen Armee Bedenken erheben; wenn der Bolschewismus zu fürchten sei, so sei es der Militarismus nicht weniger. Wenn der Friedensvertrag daher die von Deutschland gewünschte Veränderung erlaube, so erlaube es andererseits, daß Frankreich gegen eine militärische Revanche. Die deutsche Note werde den Regierungen Anlaß geben, das ganze Problem der Entwaffnung Deutschlands zu besprechen.

### Die Aufteilung der deutschen Schiffe.

London, 22. April.

Der Unterstaatssekretär des englischen Handelsmarineamtes hat heute das englisch-französische Abkommen bezüglich der Aufteilung der deutschen Schiffe unterzeichnet. Das Abkommen ist für Frankreich sehr günstig.

Wie der „Temps“ meldet, tritt England die gesamte Handelsflotte, die Frankreich verwaltet, ab. Die Handelsflotte, die über 250 000 Tonnen hinausgeht, wird von Frankreich durch Verrechnung auf das Wiedergutmachungskonto bezahlt.

Amsterdam, 22. April.

Wie die „Times“ melden, ist ein Transportschiff mit 1100 Offizieren und Mannschaften von Philadelphia nach Rosyth unterwegs, um die den Vereinigten Staaten angekauften vormaligen deutschen Kriegsschiffe zu übernehmen. Darunter befinden sich ein Kreuzer und drei Torpedobootzerstörer.

### Prozeß Caillaux.

Der Strafantrag.

Paris, 22. April.

Die Plaidoyers im Prozeß Caillaux sind gestern abend zu Ende gegangen. Nachdem der Advokat Demange in seinem Plaidoyer die juristische Unmöglichkeit gezeigt hatte, die vom Generalstaatsanwalt angeführten Artikel 77 und 79 des Strafgesetzbuches gegen Caillaux zur Anwendung zu bringen, weil ein Einverständnis mit dem Feinde oder ein Verrat aus Unvorsichtigkeit nicht vorliege, ergriff Caillaux selbst das Wort zu einer kurzen Verteidigungsrede, die auf das anwesende Publikum einen starken Eindruck machte, daß, wie der „Matin“ mitteilt, auf den Tribünen starker Beifall ertollte. Caillaux sagte: Da der Generalstaatsanwalt gegen ihn eine politische Strafe verlange, wolle er als Politiker antworten. Er verteidigte in warmen Worten seine Politik vom Jahre 1911 und lehnte es ab, daß ein Politiker in Kriegszeiten nicht das Recht haben solle, eine andere Politik zu betreiben als die der Regierung. Er habe hinausgeschickt über den Tag und habe die wirtschaftlichen Folgen des Krieges vorausgesehen. Niemals habe er Unterhandlungen mit dem Feinde gehabt; niemals habe er daran gedacht, Frankreich von seinen Alliierten zu trennen. Wenn er sein Leben nochmals zu leben hätte, würde er wiederum seinem Lande demokratische Steuern auferlegen, um die Entwicklung der Plutokratie zu verhindern. Er könne nicht daran glauben, daß im Senat der Republik nicht die Gerechtigkeit triumphieren werde. Caillaux schloß mit den Worten: Urteilen Sie mich ab! — Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 22. April.

Der Gerichtshof hat mit 213 gegen 28 Stimmen den Antrag des Generalstaatsanwalts auf Anwendung der Artikel 77 und 79 des St.-G.-B. auf Caillaux abgelehnt. Der Gerichtshof verhandelte über die Anwendung des Artikels 78 und sagte sich folgendes: Wenn auch Verbindung mit einer feindlichen Macht ohne verbrecherische Absicht vorliegt, steht der Artikel nichtschuldig für diejenigen, die dem Feind für die Politik Frankreichs oder der Alliierten schädliche Nachrichten liefern, harte Strafen ohne Rücksicht auf die Umstände vor, besonders für den Fall, daß diese Nachrichten als Spionageakt zu betrachten sind. Der Gerichtshof beantragt unter Anwendung des Artikels 78 mit 150 gegen 91 Stimmen unter Zustimmung mildernder Umstände für dieses gefundene Vergehen eine Gefängnisstrafe von 1 bis 5 Jahren. Die Strafkammer verurteilt auf den Vormittag des 23. April. Das Urteil wird am Nachmittag dieses Tages verkündet werden. Morgen Vormittag wird das Plenum den Urteilspruch formulieren. Am Nachmittag ist öffentliche Sitzung. Das Urteil wird Caillaux mitgeteilt werden und das Plenum wird alsdann erneut zusammentreten, um die Vollstreckbarkeit der Strafe zu erklären, die Caillaux im Nebenzimmer verkündet wird.

### Der Wiederaufbau.

Paris, 23. April.

Auf Antrag der französischen Regierung beschloß der Vorkonferenzrat, eine Kommission zu schaffen, um die Post- und Telegraphenverbindungen mit Mitteleuropa wieder zu organisieren. Deutschland, Österreich und Ungarn sollen eingeladen werden, Vertreter für diese Kommission zu ernennen.

### Aus der englischen Besatzungsarmee.

London, 22. April. Im englischen Unterhaus sprach ein Abgeordneter, ob es Tatsache sei, daß eine englische Abteilung im Rheinland so geringe Mannschäftszahlen hätten, daß deutsche Zivilisten den Kompanien zugeteilt würden, um als Burden usw. Verwendung zu finden. Ein Regierungsvertreter erwiderte, man habe einen Bericht eingefordert.

### Die Kohlenlieferungen nach Holland.

Berlin, 22. April. Die Blätter melden aus Essen, die Wiederherstellungskommission habe der hiesigen Exportkommission mitgeteilt, daß sie ihre Zustimmung für weitere Kohlenlieferungen an Holland nicht erteile. Zunächst verlange Frankreich die volle Menae Kohlen, die auf Grund des Friedensvertrages geliefert werden müssen.

### Das Verschwinden Österreichs.

London, 22. April. Bei Besprechung des Friedensvertrages zwischen Österreich und Italien im Oberhaus sagte Lord Milner: Mit dem vollkommenen Ruin Österreichs müssen wir rechnen, nachdem die Donaumonarchie nun einmal so zerstückelt worden ist. Das wird sich kaum aufhalten lassen, trotz der Hilfe, die die Alliierten Österreich angedeihen lassen und trotz der Bemühungen der englischen Regierung, die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages von St. Germain mit großem Entgegenkommen ausulegen.

### Deutsche Nationalversammlung.

Das Reichstagswahlgesetz.

Die Nationalversammlung hat gestern das Reichstagswahlgesetz in 2. Lesung angenommen. Wesentliche Unterschiede gegenüber dem Verfahren bei den Wahlen im Januar 1919 zeigen sich in folgenden Punkten: Die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Zahl der abgegebenen Stimmen. Je 60 000 Stimmen erhalten einen Abgeordneten. Die Berechnung der Abgeordnetenliste ist wesentlich einfacher als bisher. Die Reichstimmenden aus den einzelnen Wahlkreisen werden zusammengezählt und besonders berücksichtigt, sodas auch die Minderheiten zur Geltung kommen. Die Reichswehrsoldaten haben kein Wahlrecht. Sie erhalten eine besondere Wehrkammer zur Vertretung ihrer Interessen. Reichswehrminister Gessler hat in der Nationalversammlung mitgeteilt, daß Vertreter der Marinebrigade Ehrhardt bei ihm waren und die Aufhebung des Haftbefehls gegen den Kapitän Ehrhardt forderten. Ferner verlangten sie, daß Ehrhardt an der Spitze seiner Truppe verbleibe. Der Reichswehrminister hat die Forderungen abgelehnt.

### Die Radikalisierung der Mehrheitssozialdemokratie.

Die Funktionäre der sozialdemokratischen Partei in Berlin hielten eine Versammlung ab, in der ein Referat über das Thema: Unsere nächsten Aufgaben und: Die Einigung der Arbeiterschaft gehalten wurde. Der erste Redner erklärte, die Sozialdemokratie habe keine sozialistische Politik getrieben, sondern lediglich bürgerliche Opportunismuspolitik. Scharf polemisierte er sodann gegen Kossel. Auch Ebert und der Berliner Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei wurden von seinen Anarissen nicht verschont. Der Redner warf unter lebhafter Zustimmung der Mehrheit der Versammlung den Parteifunktionären politische Blindheit vor. Seine Wahlparole sei: Weg mit der Koalition und Schaffung einer Arbeitermehrheit und Arbeiterregierung, die für einen radikalen Beifall fand. Man dürfe keine Angst vor der eigenen Courage haben und dürfe den Begriff der zahlenmäßigen Demokratie nicht „zu engbegrenzt“ behandeln. Dem Reichswehrminister Gessler sei nicht mehr Vertrauen zu schenken, als Kossel.

### Ministerkrise in Sachsen.

Der sächsische Ministerpräsident Gradnauer (Mehrheitssozialist) ist von seinem Posten zurückgetreten. Nach den Bestimmungen der Verfassung ist damit eine Neubildung des ganzen Kabinetts verbunden. Dr. Gradnauer soll ein Opfer des wachsenden Radikalismus geworden sein. Gegenfalls hat er aber auch in anderen Kreisen wegen seiner schlappen Haltung gegenüber Holz viele Sympathien verschmerzt. Ueber den Nachfolger ist noch nichts bekannt. Gradnauer führt vorerst vertretungsweise die Geschäfte weiter.

Dresden, 22. April. Die Meldung über den bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer bestätigt sich. Mit dem Ministerpräsidenten wird verfassungsgemäß das gesamte Kabinett zurücktreten. Es darf als sicher angenommen werden, daß das neue Kabinett wiederum ein Koalitionskabinet sein wird.

### Neue Spartakusgefahr im Ruhrgebiet.

Berlin, 22. April. Wie aus dem bergisch-märkischen Land gemeldet wird, wird dort eine neue spartakistische Bewegung vorbereitet. Der Hauptstich der Agitatoren ist gegenwärtig auf die Reichswehr. Außerdem werden auch in Barmen und Solingen umfangreiche Vorbereitungen für diesen Zweck getroffen.

Ueber die neue kommunistische Bewegung im Ruhrgebiet werden dem „Berl. Tageblatt“ aus dem bergischen Land Einzelheiten gemeldet, aus denen hervorgeht, daß dort eine neue spartakistische Bewegung vorbereitet wird. Als Hauptstich der Agitation wird Reichswehr bezeichnet, wo die Sicherheitswehr nur aus Kommunisten und Unabhängigen bestehe und die Polizei vollständig ausgeschaltet sei und die Waffen nur in lächerlich geringer Menge abgegeben worden seien. Die Behörde in diese Dinge gar keinen Einblick gewinne und die Stadtverordnetenversammlung seit mehr als einem Monat nicht mehr zusammenberufen sei, so daß die großen Ausgaben für die Sicherheitswehr und andere revolutionäre Organe ohne deren Genehmigung gemacht wurden. Auch in Barmen und Solingen sollen Vorbereitungen zu einer spartakistischen Bewegung getroffen werden. Im Ruhrgebiet habe man die Überzeugung, daß im bergischen Land die Vorbereitungen zur Bildung einer neuen roten Armee betrieben werden und die in andern Städten nicht abgelieferten Waffen dortin gesammelt seien.

